
Schreiben des Ersten Sekretärs des FDJ-Zentralrats zu den Ereignissen an der Carl-von-Ossietzky-Schule

Im Herbst 1988 wurden Schüler der Carl-von-Ossietzky-Schule in Berlin-Pankow der Schule verwiesen, weil sie sich offen gegen Militärparaden und Rechtsextremismus in der DDR ausgesprochen hatten. Die Betroffenen erfuhren eine Welle der Solidarität. Der Erste Sekretär des FDJ-Zentralrats gab den Bezirksleitungen der FDJ Argumentationshilfen an die Hand. Damit sollten diese die verhängten Schulstrafen an der Ossietzky-Schule in den Gruppen der Jugendorganisation verteidigen.

Am 30. September 1988 wurden drei Schüler und eine Schülerin der Carl-von-Ossietzky-Schule im Ost-Berliner Stadtteil Pankow der Schule verwiesen, weil sie sich offen gegen Militärparaden ausgesprochen und vor dem Rechtsextremismus in der DDR gewarnt hatten. Zwei weitere wurden an andere Schulen versetzt, zwei erhielten einen Verweis. Die Betroffenen wurden durch ein systematisches Zusammenspiel von Schule, Leitung der Freien Deutschen Jugend (FDJ) und Elternrat gemäßregelt und gedemütigt. Anders als viele ähnliche Fälle wurde dieser Vorgang jedoch öffentlich. Die sogenannte Ossietzky-Affäre schlug hohe Wellen. Der Mut der Jugendlichen rief eine Welle der Solidarität hervor.

Vom FDJ-Zentralrat kam politische Hilfestellung für die FDJ-Sekretäre. Der Erste Sekretär des FDJ-Zentralrats, Eberhard Aurich, verteilte in allen Bezirksleitungen der FDJ des Landes eine Argumentationshilfe für die befürchteten politischen Diskussionen zum Geschehen an der Carl-von-Ossietzky-Schule.

Signatur: BArch, MfS, SED-Kreisleitung, Nr. 3657, BL 1-8


Metadaten

Diensteinheit: Zentralrat der FDJ Datum: 28.11.1988

Rechte: BStU

Schreiben des Ersten Sekretärs des FDJ-Zentralrats zu den Ereignissen an der Carl-von-Ossietzky-Schule

BSU
000001



BSU
000912

FREIE DEUTSCHE JUGEND-ZENTRALRAT

1. SEKRETÄR *fern*

Alle

Mitglieder des Sekretariats
des Zentralrats der FDJ

1. Sekretäre der Bezirksleitungen
der FDJ

MFS

Liebe Genossen!

In Ergänzung meiner Information in der Beratung am 10. 11. 1988 übergebe ich Euch ein Material, das ebenfalls die Bezirksschulräte erhielten. Es nimmt zu den tatsächlichen Vorgängen an der Carl-von-Ossietzky-EOS in Berlin Stellung.

Dieses Material ist in der politischen Diskussion zu verwenden, um vor allen Dingen auf die EOS gerichtete Angriffe zurückzuweisen.

Ich bitte Dich, dafür zu sorgen, daß der politischen Befähigung und Anleitung der FDJ-Sekretäre der EOS eine besondere Aufmerksamkeit beigemessen wird.

Freundschaft

Eberhard Aurich

Berlin, 28. November 1988

Eberhard Aurich

Anlage

477-44/0 Ag 209/753/87

Signatur: BArch, MfS, SED-Kreisleitung, Nr. 3657, BL 1-8

Blatt 1

Schreiben des Ersten Sekretärs des FDJ-Zentralrats zu den Ereignissen an der Carl-von-Ossietszky-Schule

BSTU
000913

Zu pädagogischen Maßnahmen an der EOS "Carl von Ossietzky"
Berlin- Pankow

Die Situation wird durch folgende Sachverhalte charakterisiert:
Am 26. 9. 1988 beschloß der laut Schulordnung bestehende Pädagogische Rat einstimmig, die Schüler

BSTU
000002

Kai Feller
Katja Ihle
Philipp Lengsfeld
Benjamin Lindner

auf Vorschlag des Direktors mit Schulstrafen zur Verantwortung zu ziehen und mit sofortiger Wirkung vom Unterricht zu beurlauben sowie die Relegierung zu beantragen und die Schüler

[REDACTED] und
[REDACTED]

in eine andere EOS umzuschulen und die Schüler

[REDACTED] und
[REDACTED]

mit einem Verweis vor dem Schulkollektiv durch den Direktor zu bestrafen.

Der gewählte Elternbeirat hat am 28. 9. 1988 einstimmig entschieden, daß die getroffenen pädagogischen Maßnahmen angemessen und gerechtfertigt sind.

Schreiben des Ersten Sekretärs des FDJ-Zentralrats zu den Ereignissen an der Carl-von-Ossietzky-Schule

BSU 000014 BSU 000003 2

Gemäß der Schulordnung wurde die gewählte Grundorganisationsleitung der Freien Deutschen Jugend angehört. Unabhängig von den staatlicherseits an der Schule getroffenen pädagogischen Maßnahmen schlug die Grundorganisationsleitung der FDJ-Mitgliederversammlung vor, unter Bezug auf das Statut der Freien Deutschen Jugend die FDJ-Mitglieder Feller, Ihle, Lengsfeld und Lindner aus dem Verband auszuschließen.

Welche Gründe führten zur Entscheidung des Pädagogischen Rates?

An der Carl-von-Ossietzky-Oberschule gab es wie an allen Schulen eine sehr offene, lebhafte Diskussion zu allen die jungen Leute bewegenden politischen Fragen. In dieser Diskussion haben viele Schüler ihre Fragen und Meinungen geäußert. Mit großer Geduld haben die Pädagogen der Schule die jungen Leute zum Nachdenken über das politische Geschehen angeregt und mit größter Toleranz auch jene Schüler behandelt, die immer wieder in sehr uneinsichtiger Weise Positionen vertraten und propagierten, die nicht nur von politischer Unreife zeugten, sondern die auch jede staatsbürgerliche Disziplin vermissen ließen.

Durch die Sammlung von Unterschriften versuchten sie, Unruhe zu stiften. Dies wurde den Schülern nicht unterstellt, sondern von ihnen selbst erklärt, indem sie äußerten, daß sie mit ihren Aktionen politische Wirkungen erzielen wollten und es ihnen nicht in erster Linie um die Klärung ihrer Fragen in der politischen Diskussion ginge.

Es gab bereits seit Anfang September, mit Benjamin Lindner bereits im vergangenen Schuljahr, viele Gespräche mit den Schülern. Die Pädagogen wurden unterstützt vom Jugendverband, von Eltern und gesellschaftlichen Kräften (Stattfinden von Jugendforen, Gesprächen, kollektiven Aussprachen usw.)

Es entstand eine Situation an der Schule, die die ehrlich arbeitenden Pädagogen und die absolut überwiegende Mehrzahl der Schüler die die Zeit nutzen müssen und nutzen wollen, diszipliniert zu lernen, ernsthaft störte.

Schreiben des Ersten Sekretärs des FDJ-Zentralrats zu den Ereignissen an der Carl-von-Ossietzky-Schule

BSU
000004

BSU
000915

Nachdem die Schüler Feller, Lindner, Ihle und Legsfeld eine nicht genehmigte Unterschriftensammlung anlässlich des Nationalfeiertages der DDR organisierten, die Schüler Lindner und [REDACTED] öffentlich einen Artikel verbreiteten, in dem sie die Machtbeteiligung von "Solidarnosc" und anderer oppositioneller Kräfte in der Volksrepublik Polen forderten, fanden erneut Aussprachen mit den Schülern statt mit der Zielstellung, politische Fragen zu klären. In den persönlichen Gesprächen waren einige Schüler nicht bereit, eine sachliche politische Diskussion zu führen. Es mußte festgestellt werden, daß diese Schüler feststehende Meinungen vertreten und sie sich nachweisbar zum Ziel gesetzt hatten, Verwirrung bei anderen zu stiften. So äußerten sich einige der Schüler, für die Schulstrafen ausgesprochen werden mußten, folgendermaßen:

- Wir stehen voll zu unseren Aktionen, um das Nachdenken weiter zu bewegen.
- Wir fordern die Realisierung von mehr Menschlichkeit, Versammlungsfreiheit, Pluralismus in der Presse, das Austragen von Meinungsverschiedenheiten in der Öffentlichkeit.
- Unsere Gesetze haben "Hintertüren" zur Durchsetzung der Macht des Staates und für willkürliche Auslegungen.
- Unser Volk ist ein Volk der "Ja-Sager". Die Menschen fliehen in Ersatzhandlungen. Konsumenten macht sich breit. Desinteresse, Gleichgültigkeit greifen immer mehr um sich, das ist auch an der Schule zu sehen.
- Die DDR ist starr und unbeweglich im Vergleich zur Sowjetunion, zu Ungarn, zu Polen. Es ist Zeit, daß sich auch bei uns etwas bewegt.
- Wir sind bereit, für unsere Auffassungen zu kämpfen, es geht nicht um Diskussionen von Problemen und Klärung von Fragen, sondern darum, Wirkungen zu erreichen.

Schreiben des Ersten Sekretärs des FDJ-Zentralrats zu den Ereignissen an der Carl-von-Ossietzky-Schule

4

bstu 000916 bstu 000005

Wir brauchen unsere NVA, sind aber gegen die Demonstration von Waffen und Macht.

- Wir sind der Meinung, daß nicht genug gegen neofaschistische Tendenzen getan wird.

Entsprechend den geltenden Rechtsvorschriften (Schulordnung) wurden die genannten Schulstrafen ausgesprochen.

Die Schüler haben sich nun auch in Widerspruch gebracht zur Aufnahmeordnung für die Abiturstufe, in der es im § 2, Abs. 2, u.ä. heißt: In die erweiterte Oberschule werden Schüler aufgenommen ..., die sich durch Leistungsfähigkeit und Bereitschaft sowie politisch-moralische und charakterliche Reife auszeichnen, ihre Verbundenheit mit der DDR durch ihre Haltung und gesellschaftliche Aktivität bewiesen haben.

Bei dieser Ordnung handelt es sich nicht um eine Ordnung für die obligatorische Schule, sondern für eine spezielle Bildungsstufe, auf deren Besuch kein Anspruch besteht.

Die pädagogischen Maßnahmen an der EOS "Carl von Ossietzky" hat der Direktor unter Beachtung aller rechtlichen Bestimmungen und gestützt auf die demokratischen Organe an der Schule korrekt durchgeführt. Entsprechend der Ordnung hat der Stadtbezirksschulrat diese Maßnahmen bestätigt. Diese wurden von Bezirkschulrat auf ihre Rechtmäßigkeit hin geprüft und in Kraft gesetzt.

Relegierungen werden in Ausnahmefällen ausgesprochen. Eingaben, die in dieser Angelegenheit an das Ministerium für Volksbildung gerichtet wurden, soweit sie die Personen betrafen, die erziehungsberechtigt oder -verpflichtet sind, wurden wie immer in solchen Fällen von einer ständig existierenden Kommission auf ihre Rechtmäßigkeit geprüft und die Angemessenheit der Schulstrafen und ihre Rechtmäßigkeit festgestellt.

Schreiben des Ersten Sekretärs des FDJ-Zentralrats zu den Ereignissen an der Carl-von-Ossietzky-Schule

BStU
000000

BStU
000917

Von den Pädagogen wurde viel Kraft und Zeit darauf verwendet, die Eltern bzw. die Erziehungsbeauftragten (z. B. die Großeltern von [REDACTED]) für eine gemeinsame Einflußnahme zu gewinnen. Die Bereitschaft dafür war allerdings unterschiedlich.

Die Eltern von [REDACTED] [REDACTED], die Schülerin [REDACTED] [REDACTED] und des Schülers [REDACTED] [REDACTED] kamen zu einer realen und kritischen Wertung des Verhaltens ihrer Kinder und unterstützen die Maßnahmen der Schule. Beispielsweise hat Genosse [REDACTED] in langen Gesprächen die Tochter zu ersten Einsichten und Konsequenzen geführt.

Es wurde sehr verantwortungsbewußt geprüft, welche pädagogischen Maßnahmen im Interesse der Hinführung jedes einzelnen auf eine positive Entwicklung erforderlich sind. Es wurden deshalb differenzierte Schulstrafen ausgesprochen.

Auf Grund ihres uneinsichtigen, provokativen Auftretens mußte bei Kai Feller, Benjamin Lindner, Philipp Lonsfeld und Katja Ihle die höchste Schulstrafe, die Relegierung angewendet werden. Sie zeigen derzeit nicht die politisch-moralische Reife, die erweiterte Oberschule zu besuchen. Diese Schüler erhalten die Möglichkeit, einen Beruf zu erlernen, der gute Voraussetzungen für die von ihnen bisher angestrebten Studienrichtungen schafft. Das gibt ihnen die Chance, sich in der beruflichen Ausbildung fachlich und gesellschaftlich zu bewähren.

Für [REDACTED] [REDACTED] und für [REDACTED] [REDACTED] wurde als Schulstrafe eine Umschulung in eine andere erweiterte Oberschule vorgenommen. [REDACTED] setzt ihre Hochschulvorbereitung ohne Unterbrechung inzwischen an der EOS "A. v. Humboldt" fort. [REDACTED] hat die Ausbildung an der EOS "M. Planck" noch nicht aufgenommen - es liegt eine Krankschreibung vor.

Die Schüler [REDACTED] [REDACTED] und [REDACTED] [REDACTED] erhielten einen Verweis.

Schreiben des Ersten Sekretärs des FDJ-Zentralrats zu den Ereignissen an der Carl-von-Ossietzky-Schule

BSU 000018

BSU 000007

6

Die Lehrer und die Organe der Volksbildung tun alles, diese jungen Menschen auf den richtigen Weg zu führen.

Vorwiegend inspiriert durch die [REDACTED] werden gegen besseres Wissen dieser und anderer Verfasser in einem Papier in demagogischer Weise die ehrlich arbeitenden Lehrer dieser Schule, Vertreter der Volksbildung und des Jugendverbandes, die Mehrheit der Schüler und Parteifunktionäre verleumdete.

Es wird unterstellt, daß die Strafen deshalb ausgesprochen wurden, weil diese Jugendlichen gegen Neonazis seien, Überzeugte Pazifisten seien (was diese selbst von sich nicht behaupten), daß sie die einzigen aufrichtigen und ehrlichen Schüler dieser Schule seien im Gegensatz zu allen anderen, die Heuchler wären.

In diesem Zusammenhang sei auch festgestellt, daß einige Schüler und ihre Eltern unrechtmäßigerweise sich Vorzüge gegenüber anderen Schülern verschafft haben, weil sie unter Angabe von Berufs- und Studienwünschen, die sie nie die Absicht hätten zu ergreifen, sich eine Zulassung zur erweiterten Oberschule erschlichen haben.

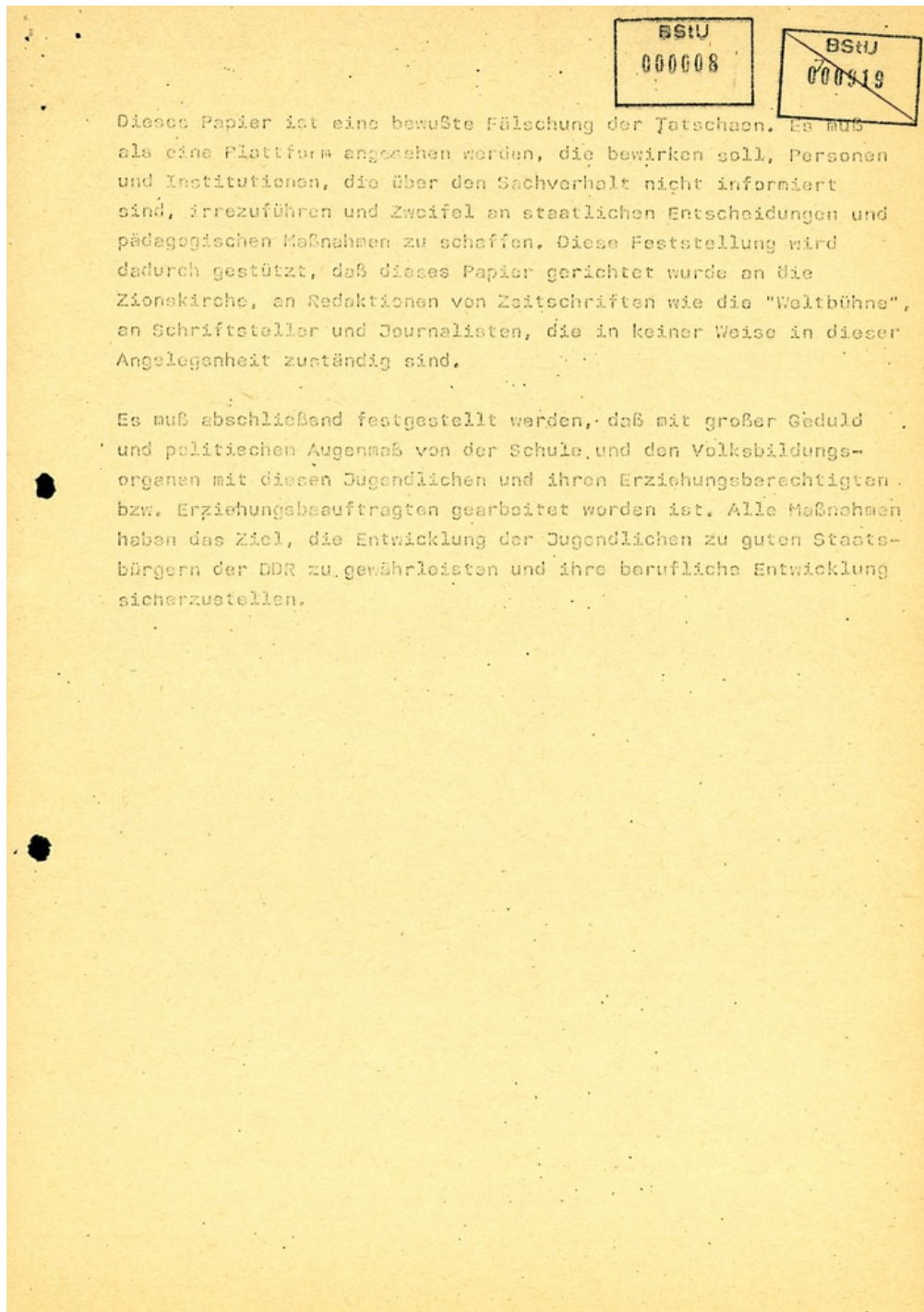
[REDACTED]

Wie weit die Unterstellungen und Verleumdungen gehen, zeigt, daß in dem genannten Papier über einen Jugendfunktionär der Kreisleitung der Freien Deutschen Jugend folgendes behauptet wird: Er habe erklärt, "mit Schändern jüdischer Gräber und Skinheads könnte man zusammenarbeiten, aber nicht mit diesen Jugendlichen."

Signatur: BArch, MfS, SED-Kreisleitung, Nr. 3657, Bl. 1-8

Blatt 7

Schreiben des Ersten Sekretärs des FDJ-Zentralrats zu den Ereignissen an der Carl-von-Ossietzky-Schule



Signatur: BArch, MfS, SED-Kreisleitung, Nr. 3657, Bl. 1-8

Blatt 8